

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU-Agrarpolitik und Thüringens Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,
 - a) welche Haltung sie zu den Vorschlägen des EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos zur EU-Agrarreform einnimmt;
 - b) wie sie zum Berichtsentwurf des Europaabgeordneten Albert Deß zur Mitteilung der Europäischen Kommission über "Die Gemeinsame Agrarpolitik bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete - die künftigen Herausforderungen" steht;
 - c) welche eigenen Vorstellungen sie zur weiteren Entwicklung der EU-Agrarpolitik hat, vor allem bezüglich der Ausgestaltung der sogenannten ersten und zweiten Säule der Agrarförderung (insbesondere das sogenannte Greening);
 - d) wie sie konkret zu den Diskussionspunkten Obergrenzen, Degression, Cross Compliance und Modulation steht;
 - e) was sie zu tun gedenkt gegen Bestrebungen zur Einführung von Obergrenzen und Degression;
 - f) was sie von Forderungen hält, wonach Direktzahlungen nur noch an "aktive Landwirtschaftsbetriebe" ausgereicht werden sollen und wie sie in diesem Zusammenhang die Rolle von Nebenerwerbslandwirten und agrarfremden Kapitalgesellschaften bewertet;
 - g) welche Vorstellungen sie zur Zukunft des Milchmarktes hat;
 - h) wie sie angesichts der Schwierigkeiten bei den gegenwärtigen WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) die Rolle von Agrar-Exportsubventionen einschätzt;
 - i) wie sie generell zur Exportorientierung der deutschen und europäischen Agrarwirtschaft steht;
 - j) welche Vorstellung sie zur weiteren Gestaltung der Agrarpolitik in den Bereichen Kultur- und Landschaftsprogramme (KULAP), Ökolandbau, Bio-Energieerzeugung und Agro-Gentechnik hat;
 - k) wie sie den Prozess der Diskussion um die künftige EU-Agrarpolitik in Thüringen (mit)gestaltet.

2. Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert,
 - a) unter Beachtung und Anerkennung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen (vor allem WTO, Fördergerechtigkeit gegenüber osteuropäischen Mitgliedsstaaten, Bewusstsein in der Bevölkerung im Sinne von "public money for public goods") den Prozess der Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 aktiv mitzugestalten um Förderprogramme aktuellen Erfordernissen anzupassen und wichtige Gestaltungsspielräume zu erhalten;
 - b) sich gegen alle Bestrebungen zur Einführung einer Degression und einer Obergrenze bei den Direktzahlungen einzusetzen, sich

- aber dennoch der Diskussion um die Einbeziehung von agrarfremden Kapitalgesellschaften in die Förderung zu stellen;
- c) Cross Compliance als geeignetes Mittel zur ordnungsrechtlichen Bewertung von Direktzahlungen anzuerkennen, gleichzeitig aber an Vereinfachungen in der Abwicklung als Teil der Entbürokratisierung zu arbeiten;
 - d) sich gegen sämtliche finanzielle Anreizsysteme zu stellen, die auf Agrarexporte außerhalb der EU abzielen und stattdessen bei der Förderung auf die regionale Kreislaufwirtschaft und Wertschöpfung vor Ort zu setzen;
 - e) allen Bestrebungen eine Absage zu erteilen, die die weitere Entwicklung des ökologischen Landbaus und der nachhaltigen Bio-Energieproduktion behindern;
 - f) das Thüringer Kultur- und Landschaftsprogramm (KULAP) als bedeutsamen Bereich der Agrarförderung auch nach 2013 fortzuführen;
 - g) ihr Bekenntnis zu einer gentechnikfreien Landwirtschaft zu präzisieren, indem landeseigene Flächen nur an solche Agrarbetriebe verpachtet werden, die auf ihrer Gesamtfläche gentechnikfrei wirtschaften;
 - h) eine Bewertung der Auswirkungen der Neu- und Erweiterungsbauten in den Bereichen der intensiven Schweinezucht und -mast sowie Mastgeflügel vor allem auf die Gesamt-Arbeitskräftesituation in der Landwirtschaft, auf die Umwelt und auf die Lebensqualität im ländlichen Raum vorzunehmen;
 - i) im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz fortlaufend über den Stand der Diskussion zur künftigen EU-Agrarpolitik in Thüringen, Berlin und Brüssel zu informieren.

Begründung:

Das ländlich geprägte Thüringen ist auf eine gut aufgestellte Agrar- und Ernährungswirtschaft angewiesen. Sie ist das Rückgrat der ländlichen Räume des Freistaats.

Mit dem Auslaufen der EU-Förderperiode im Jahr 2013 stehen für die Landwirtschaftsbetriebe Veränderungen an, auf die sie sich bereits heute einstellen müssen. Dabei zeigt die Bandbreite der Vorschläge zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik den großen Spielraum der Möglichkeiten, die für die meisten Thüringer Agrarbetriebe sowohl Gefahren (zum Beispiel Obergrenzen, Degression) als auch Chancen (zum Beispiel Regionalität, Biodiversität, ländlicher Raum) mit sich bringen. Das rechtzeitige Engagement der Thüringer Landesregierung bei der Diskussion um die künftige Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung.

Das Thema ist zu wichtig, um etwa in Aktuellen Stunden und Anträgen im zuständigen Ausschuss allein abgehandelt zu werden. Vielmehr sollte sich der Thüringer Landtag an dieser Diskussion intensiv beteiligen, um den Aktivitäten des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz auf deutscher und europäischer Ebene das entsprechende Gewicht zu verleihen.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich